

Moskau-Besuch von Bundesrat Felber vom 30.11./1.12.1990

Aufgrund des Antrages des EDA vom 22.11.1990

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahren wird

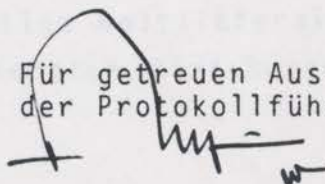
beschlossen:

1. Vom Besuch von Bundesrat René Felber in Moskau vom 30.11./1.12.90 und dessen Zielsetzung wird Kenntnis genommen.
2. Bundesrat Felber wird ermächtigt, bei dieser Gelegenheit eine Absichtserklärung über Zusammenarbeit zwischen der schweizerischen Regierung und jener der UdSSR zu unterzeichnen.
3. Das EDA wird ermächtigt, in den Jahren 1991 (Nachtrag 1) und 1992 (Budget) insgesamt Fr. 5 Millionen für Zusammenarbeitsprogramme mit der UdSSR vorzusehen. Diese Ausgaben werden innerhalb des Budget des EDA kompensiert.
4. Das EVD wird beauftragt, die Möglichkeiten einer Förderung der Unternehmenszusammenarbeit und von Direktinvestitionen zu prüfen und dem Bundesrat einen Antrag mit den entsprechenden Budgetbeschlüssen zu unterbreiten.
5. Bundesrat Felber wird ermächtigt, Präsident Gorbatschow für einen offiziellen Besuch in die Schweiz im Jahre 1991 oder 1992 einzuladen.
6. Die Reisekosten der Delegationsmitglieder aus der Bundesverwaltung gehen zu Lasten der Rubrik "Ersatz von Auslagen" ihrer Amtstellen.
7. Das EDA wird beauftragt, zum bevorstehenden Besuch von Bundesrat Felber in Moskau ein Pressecommuniqué zu erlassen.

Protokollauszug an:
 ohne / mit Beilage

z.K.	Dep.	Anz.	Akten
	EDA	12	-
X	EDI	5	-
	EJPD		
	EMD		
X	EFD	7	-
X	EVD	5	-
	EVED		
	BK		
X	EFK	2	-
X	Fin.Del.	2	-

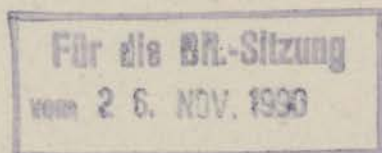
Für getreuen Auszug,
 der Protokollführer:






EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

Bern, 22. November 1990



An den Bundesrat

Moskau-Besuch von Bundesrat Felber vom 30.11./1.12.1990

1. Der Unterzeichnende wird vom 30.11./1.12. der Sowjetunion einen Besuch abstatten, der seit geraumer Zeit geplant, insbesondere wegen den schwierigen Verhältnissen in der Sowjetunion aber erst jetzt stattfinden kann.

Mit dem Besuch wird eine dreifache Zielsetzung verfolgt:

- Bestätigung, dass die bilateralen Beziehungen Schweiz-UdSSR künftig auf neuer Grundlage ruhen sollen.
 - Konkretes Angebot der Schweiz, im Rahmen des Möglichen der UdSSR bei ihrer politischen und wirtschaftlichen Umgestaltung Unterstützung zu leisten, wo diese gewünscht wird.
 - Bestätigung der schweizerischen Absicht, neben ihrer laufenden Eingliederung in zukünftige multilaterale Strukturen Europas, die klassischen bilateralen Beziehungen in Europa zu pflegen und auszubauen.
2. Zur Untermauerung und Konkretisierung der Beziehungen auf neuer Grundlage und künftiger schweizerischer Unterstützung ist die Unterzeichnung einer bilateralen Absichtserklärung vorgesehen (Beilage)

Darin werden die Bereiche Politik, Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft, Umwelt, Ausbildung (unten Para 3) und Investitionsförderung (unten Para 4) aufgeführt. Die Zuständigkeitsordnung gemäss Verordnung vom 9. Mai 1979 über die Aufgaben der Departemente, Gruppen und Aemter wird dadurch natürlich nicht berührt. In allen diesen Bereichen wird, in sinngemässer Anwendung der Aufgabenverteilung wie sie im Rahmen unserer Unterstützung an die ostmitteleuropäischen Reformstaaten erfolgt, die praktische Durchführung allfälliger Programme und Projekte in enger Zusammenarbeit der zuständigen Bundesstellen vorgenommen.

Neben der Absichtserklärung werden bei Gelegenheit des Besuches weitere bilaterale Vereinbarungen unterzeichnet. Zu nennen sind insbesondere ein Abkommen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen, ein Katastrophenhilfe-Vorausabkommen sowie ein Entschädigungsabkommen. Diese Texte sind Ihnen im normalen Verfahren separat zur Genehmigung vorgelegt worden.

3. **Ausbildung** im weiten Sinne ist uns von sowjetischen Stellen und auch von solchen aus den einzelnen Teilrepubliken verschiedentlich als erste Priorität möglicher ausländischer Unterstützung signalisiert worden. Entsprechende Projekte sind vorgesehen mit Bezug auf:

- . Wirtschaft: Ausbildung von Kader im Banksektor und von Klein-/Mittelbetrieben
- . Stipendien, Förderung des wissenschaftlichen Austausches allgemein
- . Auch in den Bereichen Föderalismus, Staatswissenschaften und öffentliche Verwaltung besteht ein ausgeprägtes Interesse sowjetischer Stellen an Zusammenarbeit und Gedankenaustausch

Aus dem Rahmenkredit von Fr. 250 Mio für verstärkte Zusammenarbeit mit osteuropäischen Staaten und entsprechende Soforthilfsmassnahmen (BB vom 13.3.90) sind insgesamt Fr. 24 Mio für Politik, Ausbildung und wissenschaftlichen Austausch reserviert. Diese Mittel sind angesichts der enormen Bedürfnisse in den mit dem Rahmenkredit primär anvisierten Reformstaaten Ostmitteleuropas (PL, H, CSFR) bereits verpflichtet oder doch schon fest eingeplant. Um mit der UdSSR ein angesichts von Grösse und Bedürfnissen des Landes sinnvolles Programm etablieren zu können, sind zusätzliche Mittel unabdingbar. Entsprechend beantragen wir Ihnen, das EDA zu ermächtigen, in den Jahren 1991 (Nachtrag 1) und 1992 (Budget) insgesamt Fr. 5 Mio für das oben geschilderte Programm mit der UdSSR vorzusehen. Wir sind grundsätzlich bereit, in diesem Zeitraum eine entsprechende Kompensation vorzusehen.

4. Wirtschaftliche Zusammenarbeit, insbesondere Investitionsförderung

Die UdSSR legt grössten Wert auf eine Förderung der Unternehmenszusammenarbeit, insbesondere in der Form von Direktinvestitionen westlicher Unternehmen in der Sowjetunion. Für die westlichen Unternehmen stellen sich allerdings die Bedingungen dafür denkbar ungünstig dar: Die Reorganisation der für die Wirtschaft zuständigen Verwaltungsstellen und der Kompetenzstreit zwischen den Behörden der Union, der Republiken und der lokalen Verwaltung verzögern, erschweren oder verhindern die Realisierung von Projekten, ganz abgesehen davon, dass die allgegenwärtige Korruption Risiken und Kosten erhöht. Die Führungslosigkeit der an sich schon immens schwierigen Wirtschaftsreform machen unternehmerische Kalkulationen, die für jede Markterschliessung und insbesondere auch für Direktinvestitionen unerlässlich sind, unmöglich. Abschreckend wirken zudem die in den letzten Monaten sich häufenden Zahlungsverzögerungen, die allein für schweizerische Unternehmen in die Hunderte von Millionen gehen.

Die UdSSR wird sich darauf berufen, dass die Bundesrepublik, Italien, Spanien und Frankreich das Beispiel gesetzt haben, wie unter diesen schwierigen Umständen die Wirtschaftsbeziehungen vor einem Kollaps bewahrt werden können: Sie haben Milliardenkredite gewährt, mit denen der Staat die überfälligen Forderungen ihrer Banken und Unternehmen ablöst und in zwölfjährige Kredite umwandelt und zusätzlich für neue Bezüge weitere Kredite einräumt. In der Schweiz fehlt uns ein solches Instrumentarium und es ist zur Zeit wenig wahrscheinlich, dass sich die Bundesversammlung dazu bereit finden würde, es zu schaffen. In Betracht zu ziehen ist dagegen jedenfalls die Beteiligung an einer internationalen Finanzhilfeaktion, die aufgrund der vom EG-Rat und dem Gipfel der G-7 in Auftrag gegebenen Studien voraussichtlich noch in diesem Jahr in Gang gesetzt wird.

Unabhängig davon könnten im Zusammenhang mit dem Besuch des Unterzeichnenden die Untersuchung folgender Aktionen zur Förderung der unternehmerischen Zusammenarbeit und der Direktinvestitionen geprüft werden.

- . Die UNIDO (United Nations Industrial Development Organization) betreibt seit November 1989 in Moskau ein Büro zur Förderung des Technologieaustausches zwischen der UdSSR und dem Ausland. Interessierte Mitgliedländer der UNIDO können in dieses Büro einen oder mehrere Mitarbeiter delegieren, die sich speziell mit der Information und Beratung von Unternehmen ihres Herkunftslandes oder der UdSSR, die eine Zusammenarbeit mit solchen suchen, befassen. Ein schweizerischer Industriefachmann wäre trotz der anstehenden Schwierigkeiten für Unternehmen in der UdSSR wahrscheinlich sinnvoll ausgelastet, da mit Rücksicht auf die Grösse des sowjetischen Marktpotentials das Informations- und Kontaktbedürfnis anhält.

Die Privatisierung und die Möglichkeit des Firmenerwerbs durch Ausländer verlangt den Aufbau eines entsprechenden rechtlichen und vor allem unternehmenskalkulatorischen Instrumentariums. Schweizerische Treuhandgesellschaften könnten den Behörden der UdSSR oder allenfalls auch lokalen Körperschaften an die Hand gehen. Die Sowjets werden allerdings wahrscheinlich mindestens für eine Anfangsphase eine Finanzierung einer solchen Beratungstätigkeit durch die Schweiz zur Voraussetzung machen. Bevor ein solches Projekt in Angriff genommen werden kann, müssen aber die Zuständigkeiten auf sowjetischer Seite geklärt sein und es sind die personellen Kapazitäten in der Schweiz zu ermitteln.

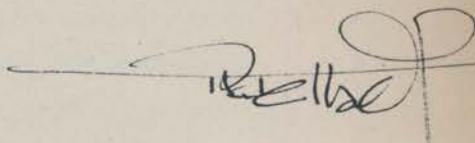
Im Einvernehmen mit dem EVD beantragen wir deshalb, dass aufgrund der Ergebnisse der Gespräche mit den sowjetischen Behörden das EVD mit der weiteren Projektbearbeitung beauftragt wird und der Bundesrat in einem späteren Zeitpunkt allenfalls auch dafür die notwendigen Kredite beschliesst.

5. Im Kontext der vorliegenden Reise stellt sich automatisch die Frage nach einem sowjetischen Gegenbesuch. Dabei steht die Person von Präsident Gorbatschow im Vordergrund. Dieser war, ausser dem bekannten Gipfeltreffen mit Präsident Reagan in Genf, noch nie in der Schweiz; die Absicht, ihn zu einem bilateralen Besuch einzuladen, besteht seit einiger Zeit, zumal mit Blick auf den eingangs geschilderten Hintergrund des Besuches des Unterzeichnenden in Moskau.

Im Zuge der Vorbereitung der Moskaureise ist uns von sowjetischer Seite verschiedentlich und deutlich bedeutet worden, dass eine offizielle Einladung an den Präsidenten für einen Besuch in der Schweiz im Jubiläumsjahr 1991 erwünscht wäre. Dies sicher auch mit Blick auf die ja allgemein bekannte Absicht, Präsident Bush 1991 in der Schweiz zu beherbergen.

Entsprechend wäre der Unterzeichnende zu ermächtigen, in Moskau **Präsident Gorbatschow** zu einem offiziellen Besuch in der Schweiz einzuladen. Der genaue Zeitpunkt würde auf dem üblichen diplomatischen Weg anschliessend vereinbart.

EIDGENOESSISCHES DEPARTEMENT
FUER AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN



René Felber

Beilage: - Entwurf des Beschlussdispositivs
- Absichtserklärung

Zum Mitbericht an: - EFD
- EVD

Protokollauszug an: - EDA (12 Ex. z. Vollzug)
- EDI (2 Ex. z.K.)
- EFD (2 Ex. z.K.)
- EVD (2 Ex. z.K.)
- Bundeskanzlei (2 Ex. z.K.)

Moskau-Besuch von Bundesrat Felber vom 30.11./1.12.1990

Aufgrund des Antrages des EDA vom 22.11.1990

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahren wird

beschlossen:

1. Vom Besuch von Bundesrat René Felber in Moskau vom 30.11./1.12.90 und dessen Zielsetzung wird Kenntnis genommen.
2. Bundesrat Felber wird ermächtigt, bei dieser Gelegenheit eine Absichtserklärung über Zusammenarbeit zwischen der schweizerischen Regierung und jener der UdSSR zu unterzeichnen.
3. Das EDA wird ermächtigt, in den Jahren 1991 (Nachtrag 1) und 1992 (Budget) insgesamt Fr. 5 Millionen für Zusammenarbeitsprogramme mit der UdSSR vorzusehen. Diese Ausgaben werden innerhalb des Budget des EDA kompensiert.
4. Das EVD wird beauftragt, die Möglichkeiten einer Förderung der Unternehmenszusammenarbeit und von Direktinvestitionen zu prüfen und dem Bundesrat einen Antrag mit den entsprechenden Budgetbeschlüssen zu unterbreiten.
5. Bundesrat Felber wird ermächtigt, Präsident Gorbatschow für einen offiziellen Besuch in die Schweiz im Jahre 1991 einzuladen.
6. Die Reisekosten der Delegationsmitglieder aus der Bundesverwaltung gehen zu Lasten der Rubrik "Ersatz von Auslagen" ihrer Amtstellen.
7. Das EDA wird beauftragt, zum bevorstehenden Besuch von Bundesrat Felber in Moskau ein Pressecommuniqué zu erlassen.

Für getreuen Auszug,
der Protokollführer:

D E C L A R A T I O N D ' I N T E N T I O N

S U R

L A C O O P E R A T I O N

entre

LE GOUVERNEMENT DE LA CONFEDERATION SUISSE

et

LE GOUVERNEMENT DE L'UNION DES REPUBLIQUES
SOCIALISTES SOVIETIQUES

- 2 -

Le Gouvernement de la Confédération suisse et le Gouvernement de l'Union des Républiques Socialistes Soviétiques

- considérant les relations amicales entre les deux pays
- désireux de renforcer ces relations et d'intensifier, entre les deux pays, la coopération et de faciliter les contacts directs entre leurs citoyens
- ayant à l'esprit la volonté de l'Union des Républiques Socialistes Soviétiques de réformer son système politique et économique et celle de la Confédération suisse de soutenir ce processus
- tenant compte de la coopération au niveau multilatéral tout particulièrement dans le cadre de la Conférence pour la sécurité et la coopération en Europe, de la Commission économique des Nations Unies pour l'Europe ainsi que des possibilités de collaboration au sein du Conseil de l'Europe

coopéreront de la manière décrite ci-après :

1. Domaines de coopération

1.1. Politique étrangère

Les deux Parties procéderont régulièrement à des échanges de vues sur les questions de politique étrangère d'intérêt commun, notamment sur les thèmes suivants :

- l'évolution de l'environnement politique européen
- la Conférence sur la sécurité et la coopération européenne
- les activités du Conseil de l'Europe et d'autres institutions européennes

- les organisations internationales
- la réduction des armements et le désarmement
- les conflits régionaux
- les aspects internationaux des problèmes écologiques et de l'environnement
- la coopération internationale dans le domaine commercial, technique et financier
- les échanges culturels et scientifiques
- les questions de droit international
- les relations bilatérales

1.2. Economie

Les deux Parties procéderont régulièrement, dans le cadre de la Commission économique mixte Suisse-URSS, à des échanges de vues sur leurs relations économiques et commerciales et veilleront à les développer en tenant compte des principes et objectifs du Document de la Conférence sur la coopération économique en Europe, tenue à Bonn le 11 avril 1990.

Elles collaboreront, dans le cadre des organisations et forums économiques internationaux (par exemple la Commission économique des Nations Unies pour l'Europe).

1.3. Institutions et systèmes politiques et économiques

Les deux Parties collaboreront dans l'échange d'informations concernant le fonctionnement de leur système politique et économique. Elles faciliteront par exemple l'organisation de cours, de séminaires, de colloques, de stages et de voyages d'étude propres à faire bénéficier réciproquement les deux Parties, tant au niveau national que régional et local, de leur expérience. Ceci s'applique notamment au domaine législatif, au fédéralisme, à la décentralisation, aux communautés régionales et locales, aux structures institutionnelles et administratives ainsi qu'au fonctionnement d'une économie de marché.

1.4. Culture

Afin d'accroître la compréhension mutuelle et de faciliter le dialogue entre elles, les deux Parties favoriseront, dans la mesure de leurs possibilités, les échanges et les contacts directs entre les milieux culturels privés, régionaux et locaux, notamment entre des créateurs suisses et soviétiques. Elles faciliteront et, si nécessaire, soutiendront l'organisation d'expositions, de concerts, de spectacles et toute autre mesure appropriée mise sur pied par des artistes ou des organisations culturelles privées, régionales et locales.

1.5. Echange de jeunes

Une attention particulière sera accordée à la promotion de l'échange des jeunes.

1.6. Science

Les deux Parties se déclarent prêtes à continuer les échanges et collaborations scientifiques, sous des formes adaptées aux circonstances nouvelles, et prennent note avec satisfaction des programmes d'échanges et de collaboration scientifique qui se sont établis entre universités et hautes écoles des deux pays. Elles conviennent que ces formes de coopération méritent d'être renforcées.

En vue d'encourager les contacts directs entre les chercheurs et instituts de recherche des deux pays, les deux Parties envisagent en particulier de prendre toute mesure utile visant à faciliter:

- des séjours d'études pour chercheurs des deux pays
- des projets de recherche communs
- l'organisation de séminaires et autres rencontres scientifiques

A cette fin, les universités et hautes écoles ainsi que les institutions scientifiques et de recherche publiques et privées des deux pays sont invitées à élargir et approfondir leurs contacts directs, à développer l'échange d'informations scientifiques et à assurer un accès réciproque plus large aux banques de données des institutions scientifiques et de recherche des deux pays.

1.7. Formation

1.7.1. Bourses d'études

La Suisse et l'Union des Républiques Socialistes Soviétiques entendent poursuivre leurs programmes de bourses d'études et veilleront à leur mise en oeuvre. En outre, un programme spécial en faveur de l'Union des Républiques

Socialistes Soviétiques sera mis à disposition d'étudiants post-gradués et de jeunes professeurs des universités et autres hautes écoles des Républiques soviétiques sous l'égide de l'Ambassade de Suisse à Moscou.

1.7.2. Formation professionnelle et de cadres

Les deux Gouvernements prévoient d'appuyer les initiatives aussi bien privées que publiques tant au niveau de l'Union et des Républiques qu'au niveau local visant à un renforcement des compétences des responsables et des cadres, notamment dans les domaines suivants:

- formation de cadres de l'administration publique, particulièrement au niveau local et des Républiques
- formation de cadres pour les petites et moyennes entreprises
- formation de cadres moyens des banques

1.8. Environnement

Ayant à l'esprit l'accord intergouvernemental du 24 novembre 1989 relatif à la coopération environnementale, les deux Parties se déclarent prêtes à renforcer leur coopération notamment par le moyen d'une

- assistance technique
- formation de spécialistes

Une attention particulière sera donnée à l'analyse et à la coopération pour l'élimination des conséquences de la catastrophe de Tchernobyl.

1.9 Autres secteurs de coopération

Les deux gouvernements prévoient d'intensifier leurs contacts bilatéraux notamment dans les secteurs suivants :

- utilisation rationnelle et écologique de l'énergie
- lutte contre l'abus et le trafic illicite de stupéfiants
- propriété intellectuelle
- santé publique
- protection civile
- règlement de prétentions financières et patrimoniales survenues avant le 1er septembre 1939

2. Modalités d'exécution

- 2.1. Afin de suivre le bon déroulement de la mise en oeuvre de cette déclaration d'intention, les deux Gouvernements faciliteront, dans toute la mesure du possible, la réalisation de projets concrets et maintiendront le contact entre eux et à un niveau adéquat.
- 2.2. L'exécution des différents projets peut être confiée aussi bien à des institutions au niveau national, régional et local qu'à des milieux privés, des associations économiques, scientifiques, éducatives, culturelles et sociales.
- 2.3. La liste des domaines qui font l'objet de cette déclaration d'intention n'est pas limitative. Elle peut être réduite ou amplifiée selon les besoins et les possibilités des Parties.

2.4. Le financement des projets résultera, sous réserve des dispositions spécifiques prises pour chaque projet, d'un effort commun des deux Parties: en ce qui concerne les dépenses en francs suisses, la Partie suisse y contribuera selon les besoins spécifiques des projets. En ce qui concerne les dépenses en monnaie locale, la Partie soviétique s'en chargera. Dans les projets comportant des voyages en Suisse, la Partie soviétique assumera les frais de transport jusqu'en Suisse et retour de ses ressortissants.

3. Dispositions finales

3.1. Les autorités suivantes seront responsables de la coordination de la coopération:

a) du côté suisse

DEPARTEMENT FEDERAL DES AFFAIRES ETRANGERES
DE LA CONFEDERATION SUISSE

b) du côté soviétique

MINISTERE DES AFFAIRES ETRANGERES
DE L'UNION DES REPUBLIQUES SOCIALISTES SOVIETIQUES

3.2. Cet instrument ne vise pas à créer des obligations juridiques. Il manifeste l'intention des deux Parties de coopérer et est conclu, en ce qui concerne l'allocation des

fonds pour l'exécution des différents projets, sous réserve des compétences budgétaires des Parlements des deux pays. En outre, les deux Parties admettent que cet instrument tient compte de la législation en vigueur en Suisse et en Union des Républiques Socialistes Soviétiques et n'impose aucune obligation aux autorités législatives.

Pour les séjours, il sera tenu compte de la législation sur le travail et le séjour des étrangers de chacun des deux pays. Les visas nécessaires seront accordés dans les délais les plus courts possibles.

- 3.3. Cette déclaration d'intention prendra effet à la date de sa signature et arrivera à échéance le 31 décembre 1992. Elle pourra être prolongée avec l'accord des deux Parties.

Fait à Moscou, le, en double exemplaire, en langue française et russe. Les deux versions font également foi.

Pour le Gouvernement de la
Confédération suisse

Pour le Gouvernement de
l'Union des Républiques
Socialistes Soviétiques